

Tagungsbericht

Ostdeutschland und die Politikwissenschaft
Eine Bilanz 20 Jahre nach der (Wieder-)Vereinigung

Humboldt-Universität zu Berlin, 30.09.-02.10.2010

Sascha Clucas/Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz

20 Jahre nach der deutschen Einheit lud Astrid Lorenz (HU Berlin) gemeinsam mit der Berlin Graduate School of Social Sciences und der Bundesstiftung Aufarbeitung dazu ein, Ergebnisse der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Ostdeutschland seit 1990 zu bilanzieren. Die Tagung fand vom 30.09. bis zum 02.10.2010 an der Humboldt-Universität zu Berlin statt und richtete sich gleichermaßen an die Wissenschaft wie die interessierte Öffentlichkeit. Sie sammelte aktuelle Befunde zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ostdeutschland, fragte danach, welche Einsichten aus der Forschung zu Ostdeutschland für die Methoden und Theorien der Politikwissenschaft zu gewinnen sind, ob man heute überhaupt noch die Kategorie „Ostdeutschland“ verwenden sollte, inwiefern Ostdeutschland ein Sonder- oder Präzedenzfall ist und welche Themen die Politikwissenschaft künftig in den Blick nehmen sollte.

Einführend verwies *Astrid Lorenz* auf den aktuellen Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, der die Entwicklung überwiegend positiv bewertet und v. a. wirtschaftliche Parameter hervorhebt.¹ Die positive Bilanz von Parteien, die die Einheit und die Politik seither maßgeblich selbst gestalteten, überrasche ebenso wenig wie kritische Stimmen zum Bericht vonseiten der parteipolitischen Kontrahenten. Obwohl die deutsche Einheit mittlerweile oft auch von jenen als Tatsache akzeptiert werde, die 1990 eine andere Art der Vereinigung wollten, erhitze das Thema nach wie vor die Gemüter. Dies zeigten die Debatte um die Qualifizierung der DDR als „Unrechtsstaat“ oder das Spiegel-Interview des brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD), der den Westdeutschen eine „Anschlusshaltung“ vorwarf, die verantwortlich sei für viele gesellschaftliche Verwerfungen in Ostdeutschland nach 1990.²

Allerdings, so *Lorenz*, scheinen dies inzwischen v. a. Debatten der politischen Klasse und einzelner Aktivisten zu sein, die von den Medien angestoßen und in den Medien geführt werden, zumal in Ostdeutschland selbst. Die westdeutsche Bevölkerung bewerte die Einheit positiv, interessiere sich aber für ihre Hintergründe und die Befindlichkeiten der Ostdeutschen nicht sonderlich. Während die Medien Ost-West-Themen zuspitzten, sei die Politikwissenschaft besser geeignet, *komplexe* Themen zu erklären, doch spiele sie für die öffentliche Ein-

¹ Bundesministerium des Innern, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010, Berlin, 22. September 2010 (272 S.), URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/BODL/Jahresberichte/2010.pdf?__blob=publicationFile.

² Platzeck kritisiert westdeutsche „Anschlusshaltung“, Spiegel-online, 29.08.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/o,1518,714409,00.html>.

heitsverarbeitung und -wahrnehmung fast keine Rolle. Die Tagung solle daher dazu beitragen, einen Dialog innerhalb der Wissenschaft und über die Wissenschaft hinaus zu führen. *Bernd Faulenbach* (Stiftung Aufarbeitung) erklärte, dass die Stiftung Aufarbeitung mit der Förderung des gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses seit 1998 die Arbeit der gleichnamigen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages fortsetze. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sei ein guter Zeitpunkt, um neben der Einheit den Zustand der Politikwissenschaft selbst zu bilanzieren.

Panel

Die verfassungsrechtliche Bewältigung von Vergangenheit und Systembruch

Tine Stein (Kiel) bedauerte, dass es im Anschluss an die kurze Verfassungsdiskussion 1989/90 nicht zur Erarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung gekommen sei. Eine Verfassungsdiskussion ermögliche eine Aufarbeitung der Vergangenheit und die Verständigung über die Wünsche der Bevölkerung. Neben außenpolitischen Gründen, die für eine schnelle Vereinigung sprachen, sah sie als weiteren Grund für die ausgebliebene Diskussion den Wandel des Ausspruchs „Wir sind das Volk“ hin zu „Wir sind ein Volk“. Die Politiker seien davon ausgegangen, dass die Ostdeutschen die Einigung auf der westdeutschen Verfassungsbasis wollten. Zudem sei das Grundgesetz als Rechtsordnung der Freiheit überzeugend etabliert gewesen. *Stein* hält das Ausbleiben einer gründlichen Verfassungsdiskussion für eine verpasste Chance. Zumindest in der Präambel hätte man die unterschiedlichen Erfahrungen und Identitäten der Deutschen erwähnen können.

Ulrich K. Preuß (Berlin) skizzierte den typischen Einwurf gegen diese Sicht: Der „Gründungsmakel“ habe sich verwachsen und nach 20 Jahren bestreite niemand ernstlich, dass die Einheit geschaffen sei. Er zog die Parallele zum Grundgesetz, mit dem die Westdeutschen sich erst viele Jahre später identifiziert hätten. Die Diskussion um das neue Grundgesetz habe nach dem Krieg auch niemanden interessiert. Konträr zu dieser Position vertrat *Preuß* jedoch die These, es fehle bis heute das verbindende Element für die wiedervereinten Deutschen, das nicht durch die Inhalte, sondern durch den Prozess entstehe. Der Mangel einer gemeinsamen kollektiven Erfahrung sei ein Nachteil für die Einheit. Rein funktionell habe sich jedoch gezeigt, dass der Erfolg der Demokratisierung nicht von einer neuen Verfassung abhängig sei.

Hans Vorländer (Dresden) hielt hingegen gerade die instrumentelle Bedeutung einer Verfassung für wesentlich, um eine Demokratie zu implementieren. Die Verfassung habe eine wichtige symbolische Bedeutung und sei die Grundlage der politischen Verfasstheit einer Gemeinschaft. Die Integration durch Verfassung könne durch einen großen Moment der Verfassungsgebung erreicht werden, aber auch auf dem Wege der „konfliktiven Aneignung“, wie er in der Bundesrepublik in den 70er-Jahren eingeschlagen worden sei. Auch Skeptiker hätten sich damals gerade über die „Abarbeitung“ an der Verfassung „in diese eingeschrieben“, und die Westdeutschen seien ein Volk von Grundgesetzbekennern geworden. Der viel zitierte Verfassungspatriotismus sei entstanden. Für *Vorländer* wäre ein konstitutioneller Anfangszauber schön gewesen, aber es komme eben nicht darauf an. 1989/90 sei aufgrund des enormen Zeitdrucks kein Platz für retardierende Momente gewesen. Auch sei der Verfassungsentwurf des Runden Tisches unbrauchbar gewesen. Die Volkskammerwahl mit dem eindeutigen Votum für die Allianz für Deutschland sei letztlich die Legitimation des Beitritts gewesen. Das Nach-Denken führe heutzutage oft zu Wunschdenken.

In ihrer Entgegnung unterstrich *Stein* mit Verweis auf die USA, wie wichtig neben „Aneignung *by doing*“ die Erinnerung an die Gründung der Verfassung sei. Dies nahm *Vorländer* auf, indem er anregte, gemäß dem Beispiel USA ein Verfassungsmuseum (inklusive Darstellung der DDR-Verfassung) zu errichten. *Astrid Lorenz* stellte infrage, dass die Erwartung einer langfristigen Identifikation mit der Verfassung aus der Entwicklung in der alten Bundesrepublik ableitbar sei. Zum einen gebe es kein Wirtschaftswunder, das wesentlich zur Akzeptanz des Grundgesetzes beigetragen habe, zum anderen sei die Bereitschaft zur Einfügung in überkommene Normensysteme grundsätzlich wesentlich geringer ausgeprägt. Die Unzufriedenheit vieler Deutscher mit dem Institutionensystem äußere sich zwar nicht *per voice*, aber *per exit*, d. h. eine schleichende Auswanderung, etwa über Wahlenthaltung. Aus dem Plenum kam der Hinweis, dass verfassungsgebende Prozesse immer Elitenprozesse seien und sich Nicht-Eliten meistens gar nicht für solche Prozesse interessierten. Dies sei nicht grundsätzlich problematisch. Umfragen hätten jedoch ergeben, dass die Zustimmung zum Grundgesetz in Sachsen-Anhalt seit Jahren unverändert hoch, die Zustimmung zur Demokratie bei den 18-25-jährigen innerhalb von zwei Jahren aber um einen zweistelligen Wert gesunken sei. *Martina Weyrauch* (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung) vertrat die Ansicht, dass die Verfassungsgebung auf Landesebene zumindest in Brandenburg den

Makel der ausgebliebenen Verfassungsgebung für Deutschland habe kompensieren können.

Panel

Vereint und doch getrennt? Politische Einstellungen, Parteien und Eliten

Heinrich Best (Jena) eröffnete das Panel. Er erläuterte anhand empirischer Befunde, dass sich die ostdeutsche politische Elite sehr schnell strukturell konsolidiert habe. Die Austauschraten seien geringer als in anderen Transformationsgesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas. Allerdings gebe es eine stärkere Repräsentanz von Westdeutschen in ostdeutschen Kabinetten und Landesparlamenten als umgekehrt und die Zahl der Berufspolitiker sei – vor allem in Ostdeutschland – viel höher als früher. Beides spreche für ein Rekrutierungsproblem. Bei der normativen Integration seien auf der Ebene des Bundestages der Fortbestand und die Neubildung von Unterschieden zwischen Ost und West hinsichtlich Kohärenzempfinden, Konformitätsnormen und Repräsentationsverständnis zu finden. Auf Landesebene näherten sich die westdeutschen und ostdeutschen Abgeordneten hingegen stärker an: Hier überwiege das universelle Repräsentationsverständnis, während westdeutsche Bundestagsabgeordnete sich als Vertreter des Landes und ostdeutsche als Vertreter eines Wahlkreises oder einer Gruppe sähen. Das gipfelte für *Best* in der Formulierung des gemeinsamen vorherrschenden Politikziels: der Verringerung der sozialen Ungleichheit auf Kosten des Wirtschaftswachstums. Dennoch leiste das föderale Mehrebenensystem für *Best* einen Beitrag zur deutschen Einheit.

Eckhard Jesse (Chemnitz) stellte fest, dass die neuen Länder auf der Ebene der institutionellen wie der repräsentativen Konsolidierung, aber auch der Verhaltenskonsolidierung und der Konsolidierung der politischen Kultur unterschiedlich gut vorangeschritten seien, und zwar nicht zuletzt dank der alten Länder. Insbesondere die repräsentative Konsolidierung sei positiv verlaufen. Es habe sich mittlerweile durch die Linke ein Fünf-Parteien-System herausgebildet, das in Zukunft Lagerkoalitionen erwarten lasse (Rot-Rot-Grün gegen Schwarz-Gelb). Die gesellschaftliche Verankerung der Parteien in der Bevölkerung lasse nach, wobei sich der Westen darin dem Osten annähere. Der Grund dafür müsse nicht die Einheit sein, es könne auch an der Wirtschaftskrise liegen. Eine linke Partei hätte nach *Jesse* auch ohne die deutsche Einheit entstehen können. *Best* bestätigte die Angleichungstendenzen und beschrieb für die

Linke deren unterschiedliche Strategie: Im Osten betone sie die Einheitsproblematik, im Westen sei sie radikaler und stärker gegen das kapitalistische System eingestellt.

Laut *Oscar W. Gabriel* (Stuttgart) entwickeln sich die Einstellungen der Bürger zur Demokratie uneinheitlich. Zwar akzeptieren Ost- und Westdeutsche mehrheitlich die Demokratie (65 bzw. 75 %), aber während zwei Drittel der Westdeutschen die in der Bundesrepublik institutionalisierte Form akzeptierten, finde sich im Osten hierfür keine Mehrheit. Der lang anhaltenden Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Osten nähern sich die Westdeutschen an. Das Vertrauen in die politischen Institutionen folge der allgemeinen Demokratiezufriedenheit: Diese sei seit 1990 gesunken. Früher wiesen die (West-)Deutschen in der Zufriedenheit (Wirtschaft, Demokratie, persönliche Situation) hohe Werte ähnlich Dänemark und den Niederlanden auf, heute stehen sie auf einer niedrigeren Stufe mit Italien, Spanien und Großbritannien. Die Unterschiede könnten nach *Gabriel* erstens von der wirtschaftliche Lage beeinflusst sein; zweitens erhöhe die Bindung an Systemparteien die Zufriedenheit mit der Demokratie, weshalb diese im Westen höher sei als im Osten; und drittens erschwere die Ungleichheit die Akzeptanz der Demokratie. Die anschließende Frage, ob sich bei (innerdeutscher) Migration die Einstellungen angleichen, konnte *Gabriel* aufgrund fehlender Daten nicht beantworten. Allerdings glichen sich bei gleichem wirtschaftlichem Niveau die Einstellungen der West- und Ostdeutschen an. Insgesamt seien die Einstellungen der Ostdeutschen denen der Westdeutschen ähnlicher als denen anderer postsozialistischer Staaten.

Eröffnungsempfang

Ostdeutschland im Lichte der Politikwissenschaft

Klaus von Beyme (Heidelberg) spitzte in seiner Keynote Speech zehn Vorteile der schnellen Wiedervereinigung zu: Der Osten wurde in infrastruktureller und stadtplanerischer Hinsicht oft bevorzugt (1). Es gab keinen mühsamen Suchprozess nach einer Form der parlamentarischen Demokratie (2). Der 1:1-Währungsumtausch war zwar ruinös, aber beliebt (3). Ostdeutschlands Wirtschaft erlebte in der Krise auch Schwankungen, war aber dank moderner Betriebe vielfach weniger betroffen als andere osteuropäische Länder (4). In Deutschland ist schon immer der Rechtsstaat höher entwickelt als das demokratische Bewusstsein. Das kam den Ostdeutschen, die dem Rechtsstaat zunächst nicht trauten, entgegen (5). Der Osten hat mit der Linken eine neue Partei zum

Parteiensystem hinzugefügt; das ist allemal besser als ständig neue Parteien wie in anderen postkommunistischen Staaten (6). Die Aufbauarbeit leisteten Tausende von Verwaltungsfachleuten. Die Arbeit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels (KSPW) war dagegen bescheiden. In der Wissenschaft verlor die Ostdeutschlandforschung ihre Privilegien, allerdings entstand eine neue vergleichende Forschung (7). Die „Kolonialisierung“ Ostdeutschlands ist keine Erfindung der Treuhandanstalt oder westdeutscher Eliten, sondern wesentlich mitbeeinflusst durch die Globalisierung insgesamt. Den Exodus in ärmeren Gegenden gab es immer schon, zur Adenauer-Zeit war Ostfriesland betroffen (8). Dass Ostdeutschland seit der Einheit Mitglied der EU war, verhinderte die Peripherisierung der Wirtschaft, wie sie bei osteuropäischen EU-Mitgliedschaftsanwärtern auftrat, sowie die Ausgrenzung des ostdeutschen Marktes durch die Schengen-EU (9). Ostdeutschland weist eine geringe Korruption auf, da es dort keine exportorientierte Industrie gibt (10).

Die Bundesrepublik befindet sich nach *von Beyme* auf dem Weg zur Normalität. Pessimistische Schlüsse zur Einheit kämen oft von undifferenzierten Befragungen; je genauer man frage, desto eher käme die positive Einstellung hervor. *Von Beyme* betonte, die Nation bräuchte gar nicht so viel „innere Einheit“. Die größere Vielfalt müsse man akzeptieren und mit Differenzen leben. Sachsen sei als Industriegebiet immer ärmer gewesen, und Mitteldeutschland habe heute die Rolle des rückständigen Schlesiens übernommen. Gleichzeitig könne man manche modernere Einstellung in Ostdeutschland sehen, der eine Anpassung von West nach Ost folge.

Panel

Spezifika der neuen Bundesländer und ihre Erfassbarkeit mithilfe konventioneller sozialwissenschaftlicher Methoden

Markus Freitag (Konstanz) bezeichnete die deutsche Einheit als Glücksmoment für makroquantitativ arbeitende Forscher, da sie durch die hinzukommenden Länder eine größere Anzahl untersuchbarer Fälle erhielten. Während reine Ost-West-Vergleiche nicht immer gewinnbringend seien, gebe es grundsätzlich einen Bedarf an subnational-komparativen Analysen. Die Daten sollten disaggregierbar sein, um Vergleiche zwischen einzelnen Raumordnungen und Regionen zu ermöglichen.

Ähnlich äußerte sich auch Susanne Pickel (Duisburg-Essen). Um eine Subgruppenbildung zu ermöglichen, seien hinreichend große Samples bei repräsen-

tativen Erhebungen notwendig. Pickel warnte außerdem vor negativen Auswirkungen von Political Correctness in der Forschung. Ein Verzicht auf die Erhebung und die Möglichkeit der getrennten Ausweisung von Daten für Ost- und Westdeutschland erschwere die Identifizierung von Angleichungsprozessen und weiter bestehenden Unterschieden ebenso wie die vorschnelle Annahme, mit den erhobenen items erfasse man in Gesamtdeutschland überall dieselben Sachverhalte.

Diese Überlegung war auch Werner Patzelt (Dresden) wichtig. Zwar sei die konventionelle sozialwissenschaftliche Methodologie überall anwendbar, jedoch seien standardisierte Methoden dann problematisch, wenn Begriffe unterschiedlich konnotiert sind. Dies sei aber bei den für die Politikwissenschaft zentralen Begriffen „Demokratie“, „Rechtsstaat“ und weiteren in Ost- und Westdeutschland der Fall. Um zu verhindern, dass Unterschiede in den Befunden Artefakte sind, sei es wichtig, unterschiedlich strukturierte semantische Felder und Interpunktionen in Ost- bzw. Westdeutschland zu berücksichtigen. *Patzelt* pflichtete *Freitag* darin bei, dass Vergleiche zwischen Regionen im Norden und Süden Deutschlands genauso wichtig seien wie zwischen Ost und West. Er plädierte aber für mehr qualitative Forschung, bei der das Erkennen von Phänomenen vor dem Erklären steht und nicht umgekehrt.

Auf die Untiefen theoriegeleiteter (quantitativer) Forschung verwies *Anna Schwarz* (Frankfurt [Oder]). Sie forderte ein Update der die empirische Forschung leitenden, überkommenen Theorien, weil sie die gesellschaftliche Dynamik oft nicht angemessen erfassten (z. B. Lijpharts Demokratiemodell). Netzwerkanalysen und andere innovative Ansätze würden gerade in der Politische-Kultur-Forschung zu wenig genutzt. Durch mangelnde Kenntnis Ostdeutschlands und unzulässige Verallgemeinerungen entstehe nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in den Medien ein falsches Bild Ostdeutschlands, zumal Medien weit mehr Interesse an Ergebnissen quantitativer (Umfrage-)Forschung hätten, die genau diese Probleme aufweise. *Schwarz* betonte, dass quantitative Forschung Probleme habe, Neues herauszufinden, da Neues, wenn überhaupt, als Ergebnisartefakt oder Abweichung auftauche.

Hierauf gab es lebhaften Widerspruch. Sowohl im Publikum als auch im Podium wurde darauf hingewiesen, dass gute (quantitative) Forschung auch qualitative Methoden verwendet, etwa in der Phase der Hypothesen- und Kategorienbildung und in der Phase der Deutung der Befunde quantitativer Erhebungen. *Heinrich Best* zeigte sich stolz darauf, in den Studien am SFB 580 (Jena/Halle)

viel Neues mithilfe quantitativer Methodik herausgefunden zu haben. Im Auditorium wurde indes auch kritisiert, dass vielen Wissenschaftlern im Zweifel die Äquivalenz der Datenerhebung über die Zeit wichtiger sei als die Validität der Messinstrumente, was zu falschen Ergebnissen führen könne. Trotz der Differenzen war sich das Podium einig darin, dass es keinen Konflikt von qualitativer und quantitativer Forschung geben sollte und ein guter Methodenmix, der der Fragestellung angemessen ist, eine hohe Qualität der Forschung garantiere.

Panel

Neue Einsichten zum Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft?

Roland Czada (Osnabrück) konstatierte, dass es in Deutschland noch nie solch massive regionale Ressourcenzuflüsse wie im Fall Ostdeutschlands gegeben habe. Die politische Unzufriedenheit in Ostdeutschland sei mit Wirtschaftsdaten gut erklärbar. Regional differenzierende Deutschlandkarten zeigten bei den Parametern Monatseinkommen, Produktivität und Anzahl der Wohlfahrtsempfänger eine sichtbare Trennung von Ost und West. Die Landwirtschaft hingegen sei eine Ausnahme, da es hier seit 2007 eine bessere Einkommensentwicklung als im Westen gebe.

Czada verdeutlichte, dass die Logik der in der alten Bundesrepublik verfolgten Politik infolge der Einheit nicht verändert wurde, aber sich ihre Effekte veränderten. Bereits in den 80er-Jahren sei die Passivierung von Arbeitskraft betrieben worden. Überschüssige Arbeitskräfte wurden, z. B. durch Frühverrentung, in die Sozialsysteme transferiert. Durch die deutsche Einheit wurde der Punkt, ab dem es mehr Sozialeinkommensempfänger (inkl. Rentner) als regulär Beschäftigte gab (nämlich 1996), etwa 10 Jahre früher erreicht, als es ohne die Einheit zu erwarten gewesen wäre. Die steigenden Sozialausgaben zwangen den Staat später zu Reformen, wie der Agenda 2010. *Czada* unterstrich, dass der Zustand der Wirtschaft Produkt politischer Entscheidungen war und die Politik damit Schöpfer der heutigen Zustände. Ohne das starke Engagement des Staates und seine ordnende Rolle gäbe es allerdings noch mehr Unsicherheit.

Udo Ludwig (Halle) zufolge ist Ostdeutschland eine 70 %-Ökonomie. Seit Ende der 90er-Jahre stagnierte die Wirtschaft mit der Folge, dass die neuen Länder den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Westen nicht mehr aufholen. Als Ursache des wirtschaftlichen Zustandes Ostdeutschlands erwies sich im Nachhinein insbesondere die Privatisierungspolitik. Ostdeutschland habe

eine zweigeteilte Ökonomie, die von Selbstständigen und einer Filial-Ökonomie getragen werde, die wiederum große Risikofaktoren seien, da die Filialen fremdbestimmt seien, wie das Beispiel Opel gezeigt habe. Aufgrund der meist schlechteren ökonomischen Parameter von Filialen würden die ökonomischen Abstände zementiert. *Czada* erklärte, dass eben diese 70 %-Ökonomie und die Passivierung von Arbeit in der Transferökonomie resultierten, die heute besteht. Sowohl *Czada* als auch *Ludwig* gehen davon aus, dass nach Auslaufen des Solidarpakts 2019 noch lange über die komplizierten und umfassenden Ausgleichssysteme Geld nach Ostdeutschland fließe (z. B. Länderfinanzausgleich).

Uneinigkeit herrschte in der Frage, ob man es hätte besser machen können. *Ludwig* zufolge erwies sich der 1:1-Umtauschkurs nach der Einheit aufgrund der explodierenden Unternehmenskosten als „Nagel zum Sarg der DDR-Industrie“. Hingegen war für *Czada* die Festsetzung des Umtauschkurses eine politisch notwendige Entscheidung. Nur so habe eine massive Abwanderung der Arbeitskräfte von Ost- nach West verhindert werden können. *Ludwig* hingegen betrachtet (aus heutiger Sicht) eine Einkommenserhöhung im Osten auf anderem Wege, so über negative Einkommenssteuern oder Sonderwirtschaftszonen, als bessere Alternative.

Darauf, dass die Politikwissenschaft nicht immer angemessen mit realen Entwicklungen umgehe, verwies *Jörn Knobloch* (Potsdam). Gerade die politische Theorie beschäftige sich vornehmlich mit sich selbst. Wichtige, in den 80er-Jahren entstandene theoretische Strömungen (deliberative Theorie, Gerechtigkeitstheorie, Systemtheorie, Poststrukturalismus) bestünden in ihren Grundzügen unverändert bis heute fort, obgleich Ostdeutschland sich in diese Konzepte nicht einfüge, da sie den Nationalstaat in den Mittelpunkt stellten und subnationale Unterschiede nicht thematisierten.

Während es seit den 70ern einen Trend der Skepsis gegenüber dem Staat gab, sei es durch linke antikapitalistische oder liberale Minimalstaats-Kritik, wurde diese Delegitimationstendenz durch 1989/1990 unterbrochen und die Institutionen kamen aufgrund der Zustimmung der Ostdeutschen zu neuen Ehren. Da der Staat in Ostdeutschland primär als Sozialstaat gefordert wurde und permanent im Einsatz war, gab es viel Enttäuschung über die Demokratie. Die hohen Erwartungen konnten nicht erfüllt werden. *Knobloch* hinterfragte abschließend das Unterfangen einer universalistischen Theoriebildung. Denn wie könne man Theorien globaler Gerechtigkeit bilden, wenn die Theorie nicht einmal innerhalb einer Gesellschaft passe? Die politische Theorie müsse sich für die substaatliche Ebene öff-

nen, Begriffe und Ideen anpassen bzw. revidieren und sich auch für nichtwissenschaftliche Diskurse öffnen.

Panel

Schlussfolgerungen aus dem Institutionenumbau in Ostdeutschland für die Theorie institutionellen Wandels

Alexander Thumfart (Erfurt) stellte fest, dass im Gegensatz zur Theorie von Schmitter/O'Donnell aus der Mitte der 80er-Jahre, nach der die Ergebnisse von Transformationsprozessen unbestimmt seien, die Ziele der Transformation der postkommunistischen Staaten im Kern klar gewesen seien: freie (aber nicht soziale) Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie. Dies habe auch für die DDR gegolten, die den Weg der nachholenden Modernisierung beschritt, dessen Ziel jedoch eine bereits feststehende Gesellschaft war. Darauf hätten alle Akteure hingearbeitet. Derzeit befinde sich Ostdeutschland im Stadium der Konsolidierung. Wegen der Schwierigkeiten, Probleme und Reibungen bei der Implementierung bereits existenter politischer Verfahrensordnungen und Akteurskonstellationen seien die Transformationsforscher zu Konsolidierungsforschern geworden. Daraus folge auch, dass die Ost-West-Unterscheidung ihre vorherrschende Stellung in der Forschung verloren habe und andere Kategorien an Bedeutung gewonnen hätten (Nord-Süd, Alterskohorten, Ausbildung, Schichten etc.).

Für *Raj Kollmorgen* (Magdeburg) ist Ostdeutschland der Modellfall und gleichzeitig der „Un-Fall“ einer Transformation. Erst mit dem Beitritt zur Bundesrepublik sei das Demokratisierungsland DDR ein Sonderfall der Transformation geworden. Es sei sinnvoll, Ostdeutschland als eigene Kategorie beizubehalten, da bei einer stärkeren Regionalisierung die weiterhin bestehenden Ost-West-Unterschiede verwischten. Alle relevanten wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und wohlfahrtstaatlichen Indikatoren wiesen immer noch eine starke Ost-West-Differenz auf. Ostdeutsche Eigenheiten fänden sich außerdem (u. a. begründet durch das DDR-Erbe, soziodemografische oder auch soziopolitische Entwicklungen) im semi-legalen und informellen Bereich. Schließlich sähen sich die Ostdeutschen selbst – nicht zuletzt auch von den westdeutschen Massenmedien geprägt – als subalterne Teilgesellschaft an. Insgesamt taue Ostdeutschland als Aufhänger und/oder Medium theoretisch-konzeptueller Forschungen zu Prozessen beschleunigten politischen Wandels im Vergleich sowie für die Theorie institutionellen Wandels.

Dem widersprach *Helmut Wiesenthal* (Berlin), der die Einheit als Gegenstand der Theoriebildung für ungeeignet hielt. Sie sei ein Bündel an Prozessen gewesen. Die Transformation der DDR sei durch raschen und umfassenden Institutionentransfer gekennzeichnet gewesen, bei dem die alte Bundesrepublik eine wichtige Rolle als Vorbild wie als Sponsor gespielt habe. Erforsche man das Ganze beispielsweise in fiskalischer Hinsicht aus der Akteursperspektive, so werde deutlich, dass eine gleichzeitige Immunisierung und Überforderung der westdeutschen Sozialstaatssysteme erfolgt und deren Anpassung unterblieben sei. Erst ein Jahrzehnt später sei mit der Agenda 2010 auf diese Probleme reagiert worden. Die Transformation Ostdeutschlands eigne sich für akteursbezogene Theorien zum Institutionenumbau. Erste theoriefähige Erkenntnisse hierzu sind: Institutioneller Wandel ist eine politische Entscheidung; die Elastizität der Institutionensysteme ist erheblich; Reformen folgen erst bei gestiegenem Handlungsdruck; es gibt keine politische Prämie auf präventives Handeln.

Aus dem Plenum wurde angemerkt, dass zwar eine gewisse Alternativlosigkeit bei der Einheit bzw. dem Beitritt vorhanden gewesen sei, es aber jederzeit Möglichkeit der Nachjustierung gebe, beispielsweise die Verfassung zu ändern. Die Polen hätten auch erst 1997 über eine neue Verfassung abgestimmt. *Kollmorgen* verwies beim Thema Alternativlosigkeit darauf, dass auch die Treuhand Konzepte für eine andere Art der Privatisierung hatte, diese aber aufgrund machtpolitischer und/oder wirtschaftlicher Interessen nicht angewendet wurden. *Wiesenthal* pflichtete ihm bei, dass das faktische Handeln der Politiker immer auf den nächsten Wahltermin ausgerichtet sei. Während *Wolfgang Merkel* (HU Berlin) in den Raum stellte, dass der Beitritt der DDR doch ein höchst rationales Verhalten gewesen sei, da so ein langer Suchprozess verhindert wurde, standen laut *Kollmorgen* den Vorteilen eines *ready made state* gravierende Nachteile gegenüber, weshalb man den eingeschlagenen Weg durch Anpassungen hätte verändern müssen.

Panel

Schlussfolgerungen für die Demokratietheorie und die vergleichende Forschung

Merkel begründete die gelungene Transformation der DDR modernisierungstheoretisch. Das allgemeine hohe Bildungsniveau, die Übereinstimmung der Akteure hinsichtlich des Ziels Demokratie, der vorhandene Verwaltungsapparat, der Schutz und die finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik ließen wenig

schief gehen und sorgten für eine „Luxustransformation“, die es allenfalls in Uruguay in den 80er-Jahren gegeben habe. Die Fehler seien daher nicht demokratiegefährdend gewesen. Der elitengesteuerte Transformationsprozess sei typisch.

Wenn es die Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben hätte, hätte die DDR den Übergang nicht schlechter geschafft als die CSSR oder andere osteuropäische Länder. In der Politikwissenschaft habe ein handlungstheoretischer Überschuss Fehlprognosen bewirkt. Im Sinne eines „heimlichen Triumphs des Strukturalismus“ zeige die Transformation in den postsozialistischen Ländern, dass ein hohes Modernitätsniveau mit einer gut ausgebauten Staatlichkeit die Transformation erleichtere und beschleunige. Ebenso schaffe ein externer Akteur wie die Europäische Union ein Anreizsystem, die Demokratie schneller zu implementieren. Der letzte Punkt, so *Merkel*, werde allerdings immer noch zu wenig thematisiert.

Claus Offe (Berlin) bedauerte, dass Ostdeutschland als Transformationsfall in der vergleichenden Forschung kaum vorkomme. Die territoriale Struktur habe sich verändert (neue Nachbarländer), eine Verfassungsordnung liberaldemokratischen Typs sei entstanden und die ökonomische Struktur habe sich auch durch den Zusammenbruch von Industrien radikal geändert (Steuerung zwar durch den Markt, gleichwohl politisch). Die Elitenkontinuität der Westdeutschen sei sehr groß gewesen, auch weil ihnen mehr Kompetenz zugebilligt wurde und werde. Ostdeutsche seien bis heute unterrepräsentiert. Die DDR sei einem Oktroi ausgesetzt gewesen. In den Medien spiele Ostdeutschland die Rolle eines Kostenfaktors, eines „Freundes, den wir nicht kennen“. Vor dem Hintergrund einer umfassenden Analyse der Einstellungen politischer Eliten stellte *Lars Vogel* (Jena) die These auf, dass ein Mangel an Responsivität der Eliten, d. h. auch ein zu großer Elitenkonsens, Unzufriedenheit mit der Demokratie erzeuge. Die PDS bzw. Linke trägt laut *Vogel* mit ihrer beobachtbaren Distanz zu den ost- und westdeutschen Eliten und ihrer Nähe zur Bevölkerung zur Integration abweichender Einstellungen in die Politik bei.

In der Diskussion wurden Zweifel an *Merkels* Modernitätsthese geäußert, insbesondere hinsichtlich der Staatstätigkeit. In den osteuropäischen Staaten sei die Korruption viel höher als in Ostdeutschland, und diese Korruption sei ein Zeichen von Nicht-Modernität. *Merkel* hielt dem entgegen, dass es seit Jahren eine sehr robuste Korrelation zwischen Modernisierungstheorie und Demokratie gebe. Bildung und ein gewisser Wohlstand führten zu mehr Gleichheit und

damit zu einer Mittelschicht, die die kognitiven Möglichkeiten habe, Demokratie einzufordern.

Panel

Blühende Landschaften? Wirkung und Bedarf von Sonderforschungsprogrammen zur Förderung der Forschung in und über Ostdeutschland

Peer Pasternack (HoF Halle) stellte der Veranstaltung die Annahme voran, dass Ostdeutschland infolge der demografischen Entwicklung Probleme zu bewältigen habe, die künftig ganz Deutschland bevorstehen: Fragmentierungsprozesse (Prosperitätsinseln neben Abschwungkorridoren), schrumpfende Städte, Verwaltungs- und Infrastrukturprobleme dünn bevölkerter Siedlungsgebiete, veränderter Altersaufbau, Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb, unausgeglichene regionale Geschlechterbilanzen infolge der Abwanderung vor allem junger Frauen, Orientierungsprobleme, Politik- und Parlamentarismusskepsis, Fremdenfeindlichkeit, Popularitätsstärke rechtsextremer Parteien, generationsübergreifende Verfestigung prekärer Sozialmilieus usw. Um diese Probleme positiv umzudeuten, müsse aus dem Problemvorsprung ein Problemlösungsvorsprung generiert werden, was ohne sozialwissenschaftliche Analyse und Begleitung dieser Prozesse nicht gelingen dürfte.

Hildegard M. Nickel (HU Berlin) schloss sich zwar der Vermutung an, dass es Fragen und Probleme gebe, die speziell für Ostdeutschland und möglicherweise künftig auch für Regionen in ganz Deutschland zuträfen, doch habe sie Probleme mit einer vermeintlichen Vorreiterrolle Ostdeutschlands und einem damit einhergehenden Problemlösungsvorsprung. Ein Nationalismus in Form einer ostdeutschen Ethnifizierung müsse überwunden werden. Statt Sonderforschungsprogrammen über Ostdeutschland erachte sie eine Förderung von Forschung in Ostdeutschland für sinnvoll, zumal dies ein Arbeitsmarktfeld für künftige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sei. *Hans Bertram* (Berlin) sprach sich für eine stärkere Regionalisierung der Forschung in und zu Ostdeutschland aus, da dort unterschiedliche Entwicklungen in wirtschaftlicher, sozio-demografischer und kultureller Hinsicht zu verzeichnen seien. Er plädierte für außeruniversitäre Institute, die sich besonderen Fragestellungen kontinuierlich widmeten und nicht nur über eine geförderte Dauer von drei Jahren.

Everhard Holtmann (Halle) entwarf ein differenziertes Zielszenario. Einerseits sprach er sich gegen eine territorialisierte Sonderförderung aus, was die Inhalte betrifft, da sich die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Universitäten erwiesen habe und Transformationsforschung ohnehin komparativ erfolgen müsse, beispielsweise im Vergleich mit möglichen Einigungsaspiranten wie China und Taiwan. Andererseits hält *Holtmann* mehr Förderung von Strukturen (z. B. außeruniversitäre Institute) für notwendig, da Ostdeutschland in dieser Hinsicht Schwierigkeiten habe, in großen Wettbewerben wie der Exzellenzinitiative neben Standorten zu bestehen, die über einen längeren Zeitraum übergreifende Forschungszusammenhänge entwickelt hätten.

In der Diskussion wurde befürchtet, dass die Studierenden ohne attraktive Studien- und Forschungsangebote an den zumeist kleinen ostdeutschen Instituten in die großen Städte abwanderten. Sonderforschung müsse daher auf die Probleme der Regionen reagieren, sagte *Nickel*, und darüber Arbeitsplätze für Akademiker in der Region schaffen. *Holtmann* regte eine stärkere Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen an, die günstiger „produzieren“ könnten, so dass statt Zusammenlegungen oder gar Streichungen von Instituten eine Aufteilung in Bachelor-Abschlüsse an Fachhochschulen und Master-Abschlüsse an Universitäten denkbar sei. Dadurch würde die aktuelle Konkurrenzsituation überwunden. *Schwarz* warnte vor einem allzu düsteren Blick auf die Zukunft. Die Chancen solle man nicht klein reden; schließlich bildeten sich auch Netzwerke über Landesgrenzen hinaus und die würden durch eine Strukturbereinigung nicht zerstört. Es seien auch viele forschungsbezogene Innovationen in den neuen Ländern möglich. *Roland Czada* zeigte sich überzeugt davon, dass es in Ostdeutschland einst so kommen werde wie in Nordrhein-Westfalen. Dort seien bereits Hochschulen zusammengelegt worden.

Nachwuchspanel

Drei Doktoranden stellten ihre Forschungsvorhaben vor. *Michael Lühmann* (Göttingen) geht der Frage nach, ob die ostdeutschen Nachwende Politiker Merkel, Thierse, Platzeck und andere kollektivbiographische Parallelen aufweisen, wie etwa die generationelle Lage oder die Herkunft aus einem naturwissenschaftlich-technischen Milieu. Dabei geht er u. a. der Frage nach, ob es auch in Ostdeutschland „68er“ gab. Den Politikern wurde, so *Lühmann*, vielfach nachgesagt, sie seien eine pragmatische Generation, die trotz des Seiteneinstiegs viel Einfluss in der Politik bekam: Mit Platzeck und Merkel stammten 2005 die Vor-

sitzenden von SPD und CDU aus Ostdeutschland. Als Verwalter des Übergangs von Diktatur zur Demokratie liegt der Vergleich mit anderen Aufbaugenerationen nahe, so *Lühmann*, wie etwa mit der nach 1945 in der Bundesrepublik.

Sören Priebe (Illinois) untersucht die unterschiedliche Erinnerungsstruktur in Ost und West. Dabei vermutet er, dass der Modus der Aufarbeitung im Osten eher dem Modus „Erinnern“ und im Westen dem Modus „Gedenken“ entspricht. Beispielhaft hierfür seien die Schaustelle DDR-Museum und die Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, die ähnlich hohe Besucherzahlen, jedoch deutliche Unterschiede in der Besucher- und Aufarbeitungsstruktur aufweisen. In Hohenschönhausen liegt der Fokus der Aufarbeitung auf der Vermittlung von Fakten über Verfolgung und Widerstand, was im Rahmen von Führungen geschieht, wobei nur 6 % der Besucher aus Ostdeutschland stammen. Im DDR-Museum hingegen kommen 37 % der Besucher aus dem Osten. Hier gibt es auch kein festgelegtes Curriculum, wie in Hohenschönhausen. Die Besucher erschließen sich das Museum zumeist individuell, welches „Geschichte zum Anfassen nachvollziehbar“ machen will. Mit den unterschiedlichen Konzepten der beiden Stätten korrespondieren die unterschiedlichen Erzählungen der DDR-Geschichte. Staatlich organisiert liegt der Fokus im Westen, so die These, eher auf Fakten und dem „Unrechtsstaat“, wohingegen im Osten eher familiär und selektiv auf den Alltag bezogenes Wissen weitergegeben wird. Dem ritualisierten Gedenken steht ein kommunikatives Erinnern gegenüber, welches jedoch die Gefahr der Tradierung eines unreflektierten DDR-Bildes berge.

Kathrin Franke beschäftigt sich mit der Wende und deren Folgen auf der Mikroebene, nämlich den Akteuren der ostdeutschen Psychiatrie. Die Deutungsmuster und Bewältigungsstrategien der Akteure sind ihr besonders wichtig. Kontinuität und Wandel der Transformation versucht sie u. a. durch Interviews mit Psychiatern, Pflegenden und Betroffenen zu erkennen, also gerade auch mit Menschen, die nicht zur Elite gehört haben. Der einseitige Fokus in den Nachwendedebatten auf die DDR-Staatssicherheit habe von anderen Themen abgelenkt, wie z. B. der Psychiatrie. Wie auch in anderen Bereichen seien die Spitzenpositionen in der Psychiatrie von Westdeutschen besetzt worden, mit entsprechenden Folgen für die Institutionen und diejenigen, die diese Positionen vormals innehatten.

Matinee

Und der Westen blieb sich gleich? Gesamtdeutsche Anpassungsprozesse nach 1990 vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte

Die Matinee fand kurz vor Schluss der Tagung in Kooperation mit rbb-Inforadio statt.³ *Peter Graf Kielmansegg* (Mannheim) und *Edgar Wolfrum* (Heidelberg) diagnostizierten für 1989/90 eine tiefe Zäsur, bei der es aber in Westdeutschland auch bedeutsame Entwicklungskontinuitäten gab. So habe sich das Parteiensystem bereits vor 1989 gewandelt und dieser Wandel sei durch die Einheit bzw. das Hinzutreten der PDS lediglich verstärkt worden. Hiermit bestätigten sie eine Beobachtung, die *Czada* bereits für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik geschildert hatte. Weitere nicht-einheitsbedingte Änderungsstimuli seien die Europäisierung oder die Globalisierung gewesen. Als Beispiel für eine wichtige Diskontinuität nannte Wolfrum, dass sich in der Politik nicht mehr Katholiken und Protestanten annähernd paritätisch gegenüberstehen.

Die mit der Einheit einhergehenden Veränderungen wurden in Ost und West unterschiedlich rezipiert, so *Kielmansegg*. In Westdeutschland habe man sich schwergetan, diese Veränderungen wahr- und anzunehmen. Dies lag u. a. daran, dass Menschen, die linksrheinisch lebten, eher an Westeuropa interessiert waren als am Osten. Wolfrum beschrieb dies mit dem Begriff der „Revolution in einem halben Land“: Das neue Deutschland habe aus Revolutionären im Osten und Zuschauern im Westen bestanden. Allerdings hätten viele Westdeutsche trotz der langen Teilung durchaus einen Bezug zu Ostdeutschland, da sie familiäre Beziehungen dorthin pflegten.

Kielmansegg zufolge gab es drei strukturelle Unterschiede zwischen der DDR und der BRD mit wichtigen Effekten auf die Einstellungen und Lebensbedingungen der Bürger: die Entchristlichung (statt zwei Drittel wie in der alten Bundesrepublik nur 20-25 % Christen in der DDR), die andere Struktur des ländlichen Raumes (eher Groß- statt Kleinbetriebe) und die hohe Beschäftigungsquote von Frauen im Osten. Im Unterschied zur Integration Gesamtdeutschlands nach der Einheit war die Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik leichter gelungen, da die Bürger den wirtschaftlichen Aufschwung und die Sozialpolitik positiv mit dem politischen System assoziierten: „Demokratie gleich Marktwirtschaft plus Konsum“ (*Wolfrum*). So wuchs mit der Zeit auch die Akzeptanz des Grundgesetzes und der politischen Institutionen. Nach

³ Als Podcast bis Ende 2011 verfügbar unter URL:
<http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/forum/201010/141755.html>.

1990 behinderten die Wirtschaftsprobleme und der „Rückbau des Sozialstaates“ eine solche Entwicklung.

Wolfrum griff damit einen bereits im Verfassungspanel geäußerten Zweifel (*Lorenz*) wieder auf. *Graf Kielmansegg* stimmte dieser Problemdiagnose zu, wenngleich es seiner Ansicht nach keinen objektiven „Rückbau“ des Sozialstaates gegeben hat, sondern moderate Veränderungen, die indes von den Bürgern als tiefe Einschnitte wahrgenommen wurden. *Kielmansegg* und *Wolfrum* waren sich einig darin, dass eine neue gesamtdeutsche Verfassung symbolisch wünschenswert gewesen wäre. *Kielmansegg* entkräftete dabei das von *Wolfrum* vorgebrachte Argument, die Erarbeitung einer neuen Verfassung hätte die Einheit verzögert und sei deshalb nicht praktikabel gewesen. Der vollzogene Beitritt nach Artikel 23 GG (alt) hätte sehr wohl und ohne lange Rechtsunsicherheit mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung verbunden werden können. Allerdings hätte eine Verfassungsdebatte elementare Gegensätze hervorgebracht und damit das hohe Gut des Verfassungskonsenses gefährdet. *Wolfrum* betonte, dass das Grundgesetz sowohl in Ostdeutschland als auch weltweit eine hoch gelobte und anerkannte Verfassung sei, die genau die Freiheiten enthalte, auf die viele in der DDR hingearbeitet hätten. Was die Außenwirkung der deutschen Einheit im Ausland anbelangt, so nehme Deutschland seither als Staat unter Staaten erstmals spannungsfrei seinen Platz in Europa ein. Die Skepsis der Nachbarn, ob das neue Deutschland weiterhin ein friedlicher Partner sein würde, habe die Bundesrepublik mit ihrem Werben um Vertrauen erfolgreich ausgeräumt.

Schlusspodium

Wie relevant ist Ostdeutschland für die Politikwissenschaft und wo besteht Erkenntnisbedarf?

Im Schlusspodium kritisierte *Ursula Birsl* (Marburg) ähnlich anderen Tagungsteilnehmern zuvor, dass in der (vergleichenden) Demokratieforschung ein Demokratiemodell angelegt werde, das aus den 70er-Jahren stamme, obwohl es bereits in den 80er-Jahren Debatten über Defizite der westlichen Demokratien gegeben habe. Gerade die Demokratisierung in Osteuropa werde aber noch immer an alten Modellen gemessen, wohingegen die Verfallsprozesse eher an westlichen Demokratien untersucht werden. Themen wie Zugang zu Bürgerrechten und die Chancenstruktur der Bevölkerung werden nicht im Zusammenhang mit Osteuropa thematisiert.

Martina Weyrauch (BLpB) vertrat die Auffassung, dass die repräsentative Demokratie in Ostdeutschland ihren Zenit überschritten habe und sah die Gefahr, dass die Demokratie formal zwar weiter bestehe wie bisher, jedoch die Teilhabe und Willensbildung der Bürger aufgrund der Lebensbedingungen etwa im Land Brandenburg (dünn besiedelte Flächenland, fehlende Lebensperspektiven, Abwanderung) und abweichender Demokratievorstellungen der Bürger gefährdet sei. Da es Aufgabe der politischen Bildung sei, die Demokratie zu stärken, wünschte sie sich mehr Hilfe aus und Zusammenarbeit mit der Politikwissenschaft, die diese Probleme bearbeiten solle. *Weyrauch* wies eindringlich auf die Gefahr hin, dass in Ostdeutschland ein normativ vermitteltes Geschichtsbild Trotz-Reaktionen auslösen könne, die die demokratische Einbindung und Entwicklung behindern würde. Zudem wecke eine normative Demokratieerziehung falsche Hoffnungen: Menschen im Osten suchten verzweifelt die Versprechen des BRD-Gesellschaftsvertrages einzulösen, den es in der Realität so nicht mehr gebe.

Florian Grotz (Lüneburg) betonte, dass die Forschung ungeachtet der zu Recht konstatierten Defizite schon viel geleistet habe und dass auch aktuell viel geforscht werde, wie die auf der Tagung berichteten Befunde gezeigt hätten. Die Art und Weise der deutschen Einheit, der Beitritt des Ostens zum Westen, habe neben negativen den positiven Effekt gehabt, dass die Politikwissenschaft sehr schnell beginnen konnte zu forschen. Gerade wenn man die Datenlage mit Osteuropa vergleiche, müsse ein empirischer Luxus konstatiert werden.

Gert-Joachim Glaeßner (HU Berlin) riet der Politikwissenschaft zu mehr Selbstreflexion über ihre Entwicklung als Fach. Nach 1990 sei sie von einem „verkappten Hegelianismus“ geprägt gewesen, einer normativen Aufladung der Demokratisierungs- und Transitionsdebatte. Damit pflichtete er *Birsl* und *Weyrauch* bei. Als Leiter des Nachwuchspanels der Tagung habe er jedoch eine neue Generation von Forschern erlebt, die neue und andere Fragen stellen, ohne die Ideologisierung und Politisierung der Nachwendejahre. Dies stimme ihn hoffnungsvoll. *Glaeßner* bat um Unterstützung für diese jungen Forscher, gerade auch wenn das Thema Ostdeutschland nicht zum Mainstream der Forschung gehöre.

Es gab Einigkeit dahingehend, dass Ostdeutschland, abhängig vom Erkenntnisinteresse, eine relevante Kategorie sein kann, aber nicht sein muss. Während der Ost-West-Vergleich in der Politische-Kultur-Forschung sinnvoll sei, so

Grotz, habe er aufgrund der geringeren Unterschiede auf der Institutionenebene weniger Sinn. Die massiven regionalen Differenzen innerhalb der DDR und heute erforderten den Blick auf die regionale Ebene, so *Glaeßner*. *Birsl* betonte die Notwendigkeit, auch hinter die Fassaden der Institutionen zu schauen, um zu überprüfen, ob hinter den vordergründigen Gemeinsamkeiten nicht doch Unterschiede existieren. Neben Ländern und Regionen müssten, je nach Forschungsfrage, auch soziale und politische Räume jenseits politisch-administrativer Grenzen untersucht werden, wie das Linksrheinische, Oberhessen oder Gebiete in der Bodenseeregion.

In der Diskussion plädierte *Czada* dafür, die subnational vergleichende Policy-Analyse nicht zu vernachlässigen, die auch Innovationsfragen erforsche. Als Themen für lohnenswerte Forschungsprojekte schlugen die Teilnehmer des Schlusspodiums den strukturellen und demografischen Wandel, die politische Kultur, die Synthetisierung der Einzelbefunde der Forschung zu Ostdeutschland, Pfadabhängigkeiten im Demokratisierungsprozess und die Verknüpfung der Ost-(West-)Forschung mit der Forschung zu Migration und Interkulturalität vor.

Fazit

Zusammenfassend waren wichtige Befunde der Tagung, dass die politische und wirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands trotz Fehlern sehr erfolgreich verlaufen ist, wenn man sie weltweit mit ähnlichen Umbrüchen vergleicht. Die ökonomische Unterstützung der neuen Länder wird voraussichtlich noch Jahrzehnte andauern, die „Transfergesellschaft Ost“ (*Czada*) ist jedoch politisch gewollt gewesen und wirtschaftlich zu verkraften. Im Vergleich mit den Bewohnern osteuropäischer Transformationsstaaten ist die Ähnlichkeit der Einstellungen von Ost- und Westdeutschen sehr groß. Neben weiter erkennbaren Einstellungsunterschieden gibt es Anpassungen von Ost nach West und umgekehrt. So meinen heute in Westdeutschland im Vergleich zu 1990 15 % mehr, dass der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht umgesetzt wurde, das Parteienvertrauen sinkt. In den neuen Ländern findet sich bei einer allgemeinen Bejahung der Demokratie keine Mehrheit an Zustimmung zum Institutionensystem, wie es in der Bundesrepublik konkret ausgeprägt ist. Gesamtdeutsch entwickelte sich eine „Kultur des Missbehagens“ (Gabriel). Die Ostdeutschen sind in den Spitzen des gesamtdeutschen Politikbetriebes kaum vertreten – trotz einer ostdeutschen Kanzlerin. Die Einstellungen der politischen Eliten haben sich inso-

fern angeglichen, als für die Einstellungen der Bundestagsabgeordneten die Parteizugehörigkeit wichtiger ist als die Herkunft. Der spezifische Repräsentationsansatz der Linken kann eine Entfremdung von Elite und Bevölkerung teilweise kompensieren, da die Bürger ihre Interessen im politischen System vertreten sehen. Ob das Fehlen einer genuin gesamtdeutschen Verfassung in einem Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit und Identifikation mit dem Grundgesetz steht, ist ungeklärt.

Immer wieder wurde im Verlauf der Tagung kritisch hinterfragt, ob die politischen Theorien und das Institutionensystem der alten Bundesrepublik angesichts der aktuellen Entwicklungen ausreichen oder angepasst werden müssen. Die Politikwissenschaft sollte sich künftig entsprechend ernsthaft damit befassen, ob bzw. unter welchen Bedingungen der Parteienstaat regenerierbar ist, welche Auswirkungen die demografische Entwicklung, wirtschaftliche Misserfolge und Disparitäten auf die Politik- und Demokratiezufriedenheit haben und wie politische Institutionen angemessen Wandel verarbeiten können, obwohl es keine „Prämie für präventives Handeln“ (Wiesenthal) gibt. Diese Themen beziehen sich nicht auf Ostdeutschland allein. In der Tat wurde unisono eine den Fall verstehende, aber letztlich vergleichend angelegte Forschung gefordert, die Ostdeutschland mit anderen Transformationsstaaten, Ostländer mit anderen subnationalen Einheiten, ostdeutsche Regionen mit anderen Regionen oder die Bundesrepublik Deutschland mit anderen gesellschaftlich heterogenen Staaten (wie Italien oder Spanien) vergleicht. Ob Ost oder West eine relevante Kategorie bleibt, hängt von der Forschungsfrage ab, nicht von Erwägungen politischer Angemessenheit. Mit diesem Blick ist es der Tagung gelungen, ihren Gegenstand im Anschluss an die übergeordneten Debatten des Fachs zu erörtern und alte ideologische Grabenkämpfe der „Ostforschung“ zu überwinden. Angesichts einer starken Konzentration auf die Frage nach theoretischen und methodischen Erkenntnissen aus der Entwicklung Ostdeutschlands und der Diskussion seiner Singularität oder Repräsentativität für Wandlungsprozesse wurde die gesamtdeutsche Innovationskraft ostdeutscher Politiken oder Besonderheiten weniger thematisiert. Auch dies ist ein lohnenswerter Gegenstand für die künftige Forschung.

Die Autoren

Sascha Clucas studiert Sozialwissenschaften (M. A.) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Andrea von Gersdorff ist freie Journalistin.

Prof. Dr. Astrid Lorenz lehrt am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin im Bereich Innenpolitik. Kontakt: astrid.lorenz@sowi.hu-berlin.de.